

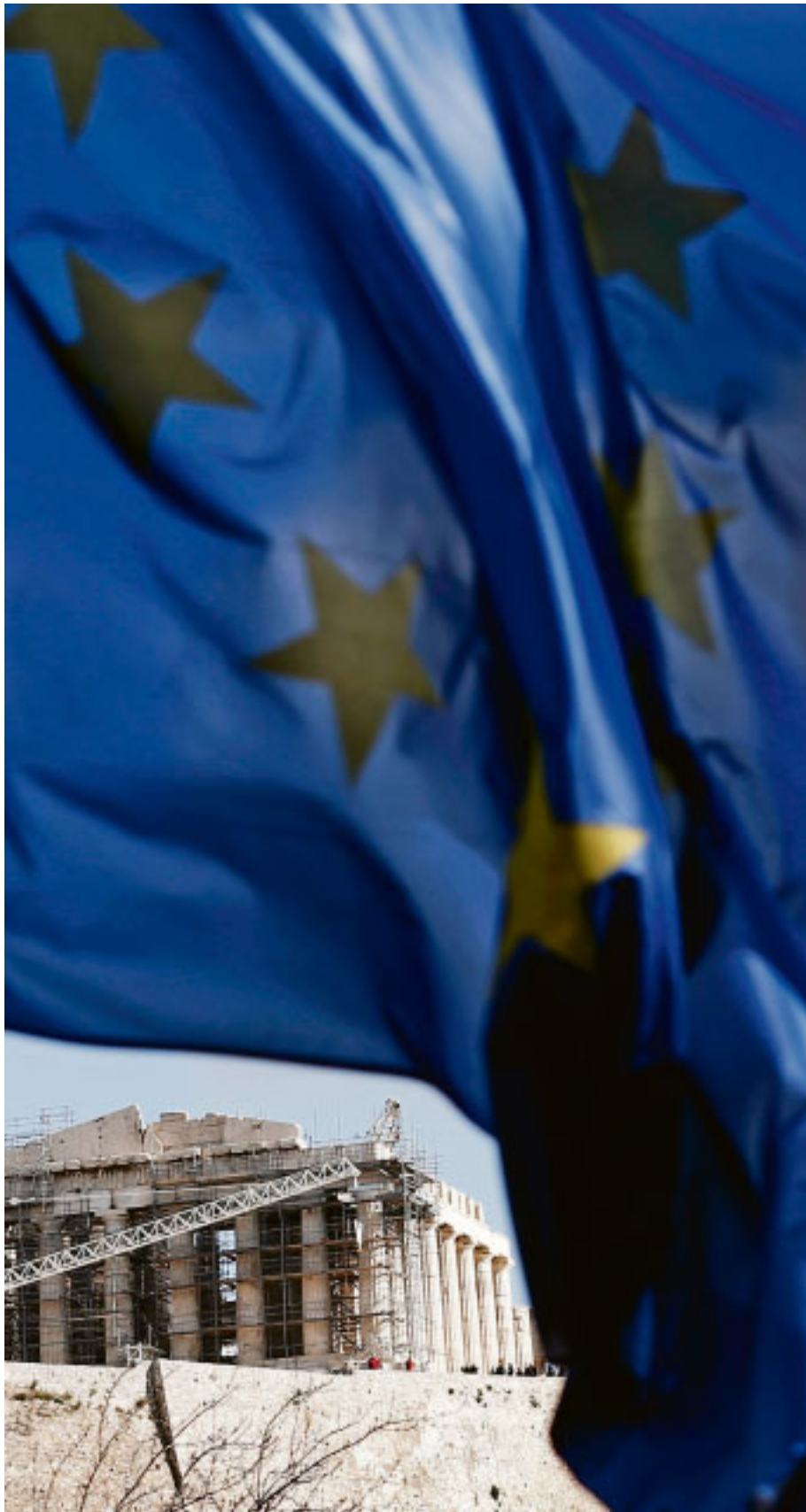
Griechenlands vage Versprechen

Die Liste der geplanten Reformen ist ehrgeizig – aber auch schwammig. Ein prominenter Ökonom warnt: Griechenland braucht ein neues, drittes Hilfsprogramm mit Krediten von bis zu 40 Milliarden Euro.

hmk./ppl./tp. BRÜSSEL/FRANKFURT/ROM, 24. Februar. Die Liste mit den geplanten Reformen der griechischen Regierung ist in der Eurozone mit vorsichtigem Optimismus, aber auch mit Skepsis aufgenommen worden. Fachleute nannten die Versprechen „ehrgeizig“, aber vage. Die EU-Kommission hob vor allem den angekündigten Kampf gegen Korruption und Steuervermeidung aus der Liste hervor. Die versprochene Modernisierung der Zoll- und Steuerbehörden sowie die angekündigte Reform der Verwaltung seien ermutigend, schrieben der Vizepräsident der Kommission, Valdis Dombrovskis, und Währungskommissar Pierre Moscovici in einem Brief an den Eurogruppenchef Jeroen Dijsselbloem. Die Kommission stehe bereit, um mit Athen die noch sehr pauschalen Zusagen in konkrete politische Schritte zu übersetzen. Das soll bis Ende April geschehen.

„Die Liste ist sehr umfassend und ambitioniert“, sagte der Ökonom Alexander Kritikos vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) in Berlin. Gut sei die klare Priorität auf verbesserte Steuereinnahmen und eine modernere Verwaltung. Allerdings fehle es an Aussagen zu Reformen, wie die griechische Wirtschaft wettbewerbsfähiger werden könne. Der Chef des Centrums für Europäische Politik (CEP) in Freiburg, Lüder Gerken, kritisierte Athen: „Die einzelnen Maßnahmen in der Reformliste sind denkbar schwammig formuliert.“ Es sei zu befürchten, dass Griechenland seine Versprechen in den weiteren Verhandlungen wieder abschwäche. „Am Ende droht wieder ein typischer fauler Formelkompromiss.“ DIW-Präsident Marcel Fratzscher nannte die Reformversprechen zwar „weise und zielführend“. Ungelöst bleibe aber das Problem der Schuldentragfähigkeit. „Griechenland wird ein neues, drittes Hilfsprogramm mit 30 bis 40 Milliarden Euro benötigen“, sagte Fratzscher. „Das wird ultimativ weitere Kreditzahlungen von Europa und Deutschland erfordern.“

In manchen Bereichen erscheint die neue linksgerichtete Regierung von Alexis Tsipras radikaler und reformorientierter als die Vorgänger, die zögerlich waren und auf die jeweiligen Interessengruppen zu viel Rücksicht nahmen, sagen Beobachter in Griechenland. Dazu zählen die Bereiche Liberalisierung der freien Berufe, die Steuerpolitik und Überprüfung von Steuervergünstigungen, die Vereinheitlichung von Rentenfonds, die Einführung eines Katasters und die Streichung von Subventionen für Medien. Zudem sollen die Steuerfahnder und Statistiker unabhängiger werden und die Zahl der Ministerien verringert werden. Die Reformliste versuche eine Brücke zu spannen vom Wahlprogramm des Linksbündnis Syriza zu den Erwartungen unter Griechenlands Gläubigern. Tsipras hatte den Wählern versprochen, „die Reichen“ stärker zu besteuern.



Reformwillig? Für Griechenlands Vorschläge gibt es nicht nur Kritik.

Foto Reuters

„Nicht gutes Geld schlechtem nachwerfen“

Der Wirtschaftsrat der CDU wirbt für eine harte Haltung gegenüber Griechenland. Nach den Ereignissen der letzten Wochen blieben große Zweifel, ob Athen dauerhaft bereit ist, Vereinbarungen einzuhalten und umzusetzen, heißt es in einem Brief, den Präsident Kurt Lauk und Generalsekretär Wolfgang Steiger den Bundestagsabgeordneten schrieben. „Keinesfalls dürfen wir uns aus Angst um bereits gezahlte Hilfen erpressbar machen.“ Jeden Tag wüchsen die Forderungen weiter an. „Eine einfache Verlängerung des Hilfsprogramms ohne effektive Auflagen würde bedeuten, dass wir weiteres gutes Geld sehenden Auges schlechtem hinterherwerfen.“

Der Wirtschaftsrat fordert, Schluss zu machen mit der „griechischen Sta-

tistik“. Die Regierung in Athen verweise zwar darauf, dass die Schuldenlast nicht tragfähig sei. Aber entscheidend sei nicht der Nennwert eines Kredits, sondern der Zeitwert, der durch Umschuldungen stark gesenkt worden sei. Dieser Wettbewerbsvorteil werde verschwiegen. Würde Griechenland nach anerkannten Standards bilanzieren, müsste es seine Schulden deutlich geringer ansetzen.

Solange Griechenland keine wettbewerbsfähigen Produkte anbiete, werde sich an der katastrophalen Situation nichts ändern, warnen Lauk und Steiger. „Umso dringender kommt es darauf an, dass Griechenland die Modernisierung der Wirtschaft und der staatlichen Institutionen entschlossen vorantreibt.“

mas.

In der Reformliste stehen **fiskalische Maßnahmen** nun ganz oben: Die Einkünfte aus der Mehrwertsteuer sollen erhöht und die Steuerflucht bekämpft werden. „Was aber unklar bleibt, ist die Umsetzung“, sagt DIW-Ökonom Kritikos. „Der Verweis auf ‚technische Innovationen‘ macht nicht ausreichend klar, wie die Steuereinnahmen tatsächlich erhöht werden sollen.“ Theoretisch gut klinge der Ansatz, alles effizienter und moderner zu gestalten. „Auch hier fehlt jedoch das Wie.“ Bei der **Bekämpfung der Korruption** sei es nicht zielführend, nur auf mehr Kontrollen und Strafen zu setzen, sagte Kritikos, wenn nicht gleichzeitig die Bürokratie und Regulierung abgebaut würden. Denn erst die vielen bürokratischen Hürden und notwendigen Genehmigungen für Unternehmer machten Schmiergeldzahlungen in der Verwaltung so verbreitet. „Die Deregulierung kommt viel zu kurz“, findet der Berliner Ökonom mit griechischen Wurzeln.

Als größeren Komplex beschreibt die Reformliste in Stichpunkten **Reformen der Sozialsysteme**. Das Pensionssystem solle modernisiert werden. Schlupflöcher und Anreize für „exzessiv“ frühe Verrentung sollten geschlossen werden. Akzente der Linksregierung kommen vor allem im zuletzt genannten Punkt „Humanitäre Krise“ zum Tragen. Angekündigt werden Aktionen gegen absolute Armut, etwa mit Essensmarken. Hausbesitzer, die ihre Hypotheken nicht mehr zahlen können, sollen vor Zwangsversteigerungen geschützt werden. Zudem will die Syriza-Regierung die linke Internationale Arbeitsorganisation (ILO) in den Reformprozess des Arbeitsmarktes einbeziehen. Das verspricht einen stärkeren gewerkschaftlichen Einfluss. Aber auch die OECD soll bei der Liberalisierung und beim Abbau von Markteintrittsbarrieren beraten – das könnte den Reformen mehr Biss geben. Den Mindestlohn verspricht Athen nur in Absprache mit den europäischen Partnern und der ILO zu erhöhen.

Formell erhalten bleibt das Bekenntnis zu **Privatisierungen**. Allerdings gibt es auch hier eine doppeldeutige Rhetorik: Privatisierungsprojekte, die noch nicht gestartet wurden, sollen „neu bewertet“ werden mit Blick auf den langfristigen Nutzen für den Staat, um die Erlöse zu maximieren, den Wettbewerb in der lokalen Wirtschaft zu stärken und die wirtschaftliche Erholung des Landes und das langfristige Wachstum zu stimulieren, heißt es in dem Brief aus Athen. „Das Thema Privatisierung wird viel zu nachrangig und defensiv behandelt“, findet Stefan Kooths vom Institut für Weltwirtschaft in Kiel. „Athen kündigt potentiellen Investoren schon mal an, dass der Staat als Aufpasser sie kontrollieren wird – so lockt man kein internationales Kapital an.“ Überhaupt findet er, dass zwischen den Zeilen „viel Staatsdirigismus“ durchscheint.

Ungewiss bleibt die **Finanzierung** der Pläne und des griechischen Haushalts in den kommenden Monaten. Die Steuereinnahmen liegen deutlich hinter den Erwartungen zurück, weil Bürger Zahlungen zurückhalten und die Konjunktur abermals eingebrochen ist. Allein für den Januar droht eine Lücke von einer Milliarde Euro. Die Zahlen, die in Athen über mögliche Zusatzeinnahmen durch den Kampf gegen Steuerhinterziehung oder Zigarettenschmuggel kursierten, scheinen mit mehreren Milliarden weit übertrieben. In Italien waren die Erfahrungen mit solchen Versuchen ernüchternd. Ein großes Fragezeichen schwebt auch über den 76 Milliarden Euro Rückständen von säumigen Steuerzahlern in Griechenland. Aus dem Athener Finanzministerium heißt es, man wolle davon zumindest 9 Milliarden Euro eintreiben. Ein ähnliches Programm der konservativen Vorgängerregierung hatte nur 2 Milliarden Euro eingebracht.